

Nordwesttangente ist vom Tisch

18.06.2011 - TAUNUSSTEIN

Von Mathias Gubo

KOMMUNALPOLITIK Zum Ende einer turbulenten Stadtverordnetenversammlung sind SPD, Grüne und FDP unter sich

Am Ende einer turbulenten Sitzung stand ein einstimmiger Beschluss: Die Taunussteiner Stadtverordnetenversammlung hat mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP die Nordwesttangente „beerdigt“. Dieses ungewöhnliche Ergebnis kam zustande, weil die Befürworter der Tangente, FWG und CDU, kurz nach 23 Uhr die Sitzung verlassen hatten. Sie wollten nicht akzeptieren, dass auf Antrag der SPD die Stadtverordnetenversammlung länger als bis 23 Uhr dauert, wie in der Geschäftsordnung eigentlich festgelegt. Zudem waren eine ganze Reihe von Verwaltungsvorlagen aus Zeitmangel erst gar nicht behandelt worden. Damit sei die Stadtverwaltung „eigentlich nicht handlungsfähig“, stellte Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) nach der Sitzung fest. Er hatte kurz nach Mitternacht die Sitzung verlassen

Verspäteter Beginn

Schon der Beginn stand unter keinem guten Stern. Wegen einer mehr als eineinhalbstündigen Sitzung des Ältestenrats und anschließendem Beratungsbedarf in den Fraktionen konnte die Stadtverordnetenversammlung erst mit einstündiger Verspätung starten. Es folgte ein gut einstündiger Bericht des Bürgermeisters aus dem Magistrat. Nach der Einführung der neuen ehrenamtlichen Stadträte Margit Hankammer-Riedl (CDU), Karl-Hermann Alfke (SPD) und Wolfgang Steller (Grüne) entzündete sich der Streit dann kurz vor 22 Uhr um die Wahl der Mitglieder für die Betriebskommission der Stadtwerke. Die CDU warf der rot-grünen Koalition vor, durch eine Listenverbindung die Vertreter von FWG und FDP ausbooten zu wollen. Ein zunächst angepeilter einvernehmlicher Wahlvorschlag rückte schnell in weite Ferne. Da nützte auch der Appell des Bürgermeisters nichts, die Betriebskommission sei ein unpolitisches Gremium, man solle keine der kleinen Fraktionen durch einen Ausschluss „demütigen“. In geheimer Wahl wurden schließlich Sandro Zehner (CDU), Helmut Grundstein (FWG), Dorothee Etges und Gerald Fuhr (beide SPD) sowie Peter Etges und Alexander Schulz-Luckenbach (beide Grüne) gewählt. Peter Beuth (CDU) nannte dies eine „blamable Vorstellung“ der neuen Koalition.

Der Antrag von Gerald Fuhr während dieses Tagesordnungspunktes, angesichts der fortgeschrittenen Stunde die weiteren auf der Tagesordnung vorgesehenen Wahlen und alle Vorlagen der Verwaltung abzusetzen und nur mehr die Anträge zum Bürgerbegehren und zur Nordwesttangente zu behandeln, brachte das Fass dann zum Überlaufen. Geschäftsordnungsanträge und Sitzungsunterbrechungen folgten im laufenden Wechsel, auch der Ältestenrat wurde noch einmal einberufen. Ohne eine Einigung erzielen zu können.

CDU und FWG gehen

Helmut Grundstein erklärte daraufhin, dass er schon „seit 17.30 Uhr leide“ (dem Beginn der Ältestenratssitzung) und nicht bereit sei, länger als bis 23 Uhr auszuhalten. Kurze Zeit später verließ auch die CDU den Raum, ließ die Abgeordneten von SPD, Grünen und FDP allein zurück. Da diese über die Mehrheit der Stimmen verfügen, blieb die Stadtverordnetenversammlung weiter beschlussfähig und setzte die Sitzung fort. Zuvor schon hatte Bürgermeister Hofnagel den zu den Wahlen benötigten städtischen Mitarbeitern die dienstliche Anweisung erteilt, um 23 Uhr Schluss zu machen und nach Hause zu gehen.

Bei den Abstimmungen zur Nordwesttangente und zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans waren SPD, Grüne und FDP dann unter sich. Einstimmig beschlossen wurde, „dass die verkehrliche Zukunft Taunussteins nicht im Bau von Umgehungsstraßen liegt, vor

allem dann nicht, wenn das Aartal gequert werden müsste. Das Aartal ist von jeglicher Bebauung freizuhalten“. Deshalb wurden auch sämtliche Beschlüsse, die eine Straßenquerung des Aartals beinhalten, aufgehoben. Desweiteren wurden mit den Stimmen der rot-grünen Koalition die Haushaltsmittel zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans gesperrt.

Ebenfalls noch beschlossen wurde eine schnellstmögliche Prüfung des Bürgerbegehrens gegen die Einsetzung eines hauptamtlichen Stadtrats in Taunusstein. Allerdings warnte Bürgermeister Hofnagel SPD und Grüne davor, ein Rechtsanwaltsbüro aus Wetzlar dafür vorzuschlagen. Die Beauftragung eines Rechtsanwaltes sei ausschließlich Recht des Magistrats, der inzwischen bereits einen Wiesbadener Rechtsanwalt mit der rechtlichen Prüfung des Bürgerbegehrens betraut habe. Niemand könne diese Prüfung beeinflussen.